



Ausgabe: April 2024

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	3
2.1 <i>Bundesgericht</i>	3
2.2 <i>Kantonale Entscheide</i>	3
2.3 <i>Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)</i>	5
3. Neue Volksinitiativen.....	5
4. Publikationen.....	6
5. Dokumentation und Kontakt.....	7



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

plädoyer 01.04.2024

Streitgespräch zur Souveränitätsinitiative: „Der Regierung und Parlament Fesseln anlegen“ – Staatsverträge · Der Zürcher Jurist Artur Terekhov möchte mit der Souveränitätsinitiative die Bundesverfassung als oberste Rechtsquelle im Land etablieren. Der Winterthurer Anwalt und Professor Goran Seferovic fürchtet Unklarheiten in der Praxis. ([Link](#))

TELE Z 01.04.2023

Konkret mit Andreas Glaser – „Der Bundesrat als Kollegialregierung ist schon eine ziemlich geniale Erfindung“ erklärt Andreas Glaser, Staatsrechtsprofessor an der Universität Zürich im Gespräch mit Claudia Steinmann über die Bedeutung unserer Verfassung und stellt gleichzeitig zum aktuellen Geschehen auch fest, „...dass das Parlament wegen Sachzwängen die Grenzen der Verfassung schon auch regelmässig ausreizt.“ ([Link](#))

SRF 02.04.2024

Wieso 1874 für die Verfassung fast so wichtig ist wie 1848 – Dieses Jahr hätte die Schweiz eigentlich Grund, einen politischen Meilenstein zu zelebrieren. Doch kaum jemand nimmt Notiz davon. Vor 150 Jahren, am 19. April 1874, sagten die Stimmberechtigten Ja zu einer totalrevidierten Verfassung. Diese gilt als fortschrittlichste ihrer Zeit, erklärt Staatsrechtsprofessor Andreas Kley im Echo-Gespräch. ([Link](#))

WOZ 04.04.2024

Verkümmert die Debatte, verkümmert die Demokratie – Angriffe auf „die Demokratie“ sind mit Angriffen auf „die Wissenschaft“ verschränkt und umgekehrt. Deshalb sollten sich auch Wissenschaftler:innen für den Erhalt der Demokratie einsetzen. ([Link](#))

NZZ 06.04.2024, S. 26

Erdbebensichere Häuser: Taiwans Stärke ist sein stabiles demokratisches System. Das rettet Leben – Das Erdbeben vom Mittwoch in Taiwan war das stärkste in 25 Jahren. Doch die Opferzahl ist erstaunlich tief. Die Gründe dafür liegen im politischen System des Landes. ([Link](#))

DIE WELTWOCHEN 10.04.2024

Der Verfassungsfreund – Am 18. April hält Professor Andreas Kley an der Universität Zürich seine Abschiedsvorlesung. Würdigung eines prinzipienfesten Staatsrechtslehrers. ([Link](#))

schweizer monat 10.04.2024

Es gibt kein Menschenrecht auf ein sicheres Klima – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erfindet neue Rechte ohne Grundlage. Seine Argumentation



steckt voller Widersprüche und ignoriert die klimawissenschaftlichen Fakten.
([Link](#))



18.04.2024

Es geht um die Hegemonie – Von Bundesrat Rösli bis zur Mitte-Partei: In den Re-
aktionen auf das Klimageseniorinnen-Urteil blitzt die autoritäre Bereitschaft auf, Pri-
vilegien und Kapitalinteressen zu jedem Preis zu verteidigen. ([Link](#))



18.04.2024

Die Verfassung der „fremden Richter“ – Vor 150 Jahren gab sich die Schweiz den
progressivsten Gesellschaftsvertrag der Welt. Er war eine Errungenschaft des
Freisinns – dieser will heute nichts mehr davon wissen. ([Link](#))



25.04.2024

Furchtbare Volksvertreter – Die Demokratie ist verletzlicher, als ich lange glaubte,
und paradoxerweise verdankt sie ihre Verletzbarkeit vor allem ihren Stärken. So
erlauben Teilhabe und Mitspracherecht logischerweise auch die Mitwirkung von
Gruppen und Individuen mit eher undemokratischen Motiven. ([Link](#))



29.04.2024

Eine Demokratie, die nur funktional baut, ist verarmt – Vergibt der Staat Aufträge
an «Stararchitekten», wird schnell Kritik laut. Doch die Forderung, aus Spargrün-
den reine Funktionsbauten aufzustellen, ist verheerend. ([Link](#))



29.04.2024

„Hassrede“-Gesetze wollen die Demokratie durch ihre Abschaffung retten – In
Ländern wie Schottland und Deutschland sollen Hassrede und staatskritische
Meinungen zensiert werden. Denken wird zunehmend kriminalisiert. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 4. April 2024 ([1C 186/2024](#)) (franz.)

Volksabstimmung vom 3. März 2024 über die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente
– Der Beschwerdeführer macht diverse Abstimmungsmängel geltend und verlangt
die Aufhebung der Abstimmung aufgrund des Schadens, welche die Initiative dem
Land zufüge – Aufgrund des nicht eingehaltenen Instanzenzugs und der verpass-
ten Frist tritt das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde ein.

2.2 Kantonale Entscheide



Entscheid des Regierungsrats Luzern vom 2. Februar 2024 ([LGVE 2024 VI Nr. 1](#))

Separate Traktandierung zweier Sonderkredite an einer Gemeindeversammlung,
welche bei gemeinsamer Traktandierung dem Finanzreferendum unterstanden hät-



ten – Mit der Stimmrechtsbeschwerde kann die Rüge vorgebracht werden, der ausgabenrechtliche Grundsatz der Einheit der Materie werde dadurch verletzt, dass ein einziger, unteilbarer Gegenstand in unzulässiger Weise getrennt zur Abstimmung unterbreitet werde – Die Ausgabenbewilligung darf sich nur dann auf mehrere Gegenstände beziehen, wenn die Ausgaben sich gegenseitig bedingen oder einem gemeinsamen Zweck dienen, der zwischen ihnen eine enge sachliche Verbindung schafft. – Der Regierungsrat sieht keine Verletzung der Einheit der Materie.



Entscheid des Verwaltungsgerichts Graubünden vom 20. Februar 2024 ([V235 und V236](#)) (ital.)

Beschwerde gegen die Wahlordnung vom 11. August 2023 und gegen die Gemeinderatswahl vom 15. September 2023 – Die beiden Beschwerdeführenden verlangen die Aufhebung der Wahl aller gewählten Kandidierenden aufgrund nicht eingehaltener Formvorschriften aus dem GPR/GR – Das Bundesgericht hält fest, dass das GPR/GR bei kommunalen Wahlen nur bei echten Lücken im kommunalen Recht zur Anwendung komme, dass es sich bei den fehlenden Bestimmungen bezüglich Form im kommunalen Recht vielmehr um ein qualifiziertes Schweigen des Gesetzgebers handle und die Formvorschriften aus dem GPR/GR deshalb nicht anzuwenden seien – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



Entscheid des Kantonsgerichts Genéve vom 18. März 2024 ([ACST/3/2024](#))

Gültigkeit der kantonalen Volksinitiative „Emplois à l'État : limitons les frontaliers“ – Der Staatsrat erklärte die gesamte Initiative für ungültig, da diese gegen übergeordnetes Recht verstosse – Das Kantonsgericht weist die dagegen erhobene Beschwerde ab.



Entscheid des Verwaltungsgerichts Zürich vom 21. März 2024 ([VB.2023.00762](#))

Urnenabstimmung über die Teilrevision der Nutzungsplanung „Weierächer-Grabmatten“ in Wettswil am Albis vom 29. November 2023 – Die Beschwerdeführenden machen geltend, dass der Gemeinderat im beleuchtenden Bericht vor der Abstimmung nicht transparent gewesen sei, dass die vorgelegte Nutzungsplanung bestimmte Erschliessungsvarianten präjudizieren könnte – Das Verwaltungsgericht stellt einen schweren Mangel fest, heisst die Beschwerde gut und hebt angesichts des knappen Abstimmungsergebnisses (51.5% Ja-Stimmen) die Abstimmung auf.



Entscheid des Verwaltungsgerichts Aargau vom 25. März 2024 ([WBE.2023.363](#))

Abstimmungsbeschwerde gegen eine kommunale Referendumsabstimmung vom 12. März 2023 bezüglich Teiländerung Nutzungsplanung Kulturlandplan "D" bzw. Überprüfung ob die Vorinstanz zu Recht nicht darauf eingetreten ist – Das Verwaltungsgericht hält fest, dass die dreitägige Frist in § 68 Abs. 1 GPR/AG verpasst worden sei. Der Beschwerdeführer verlangt jedoch gestützt auf Art. 29 Abs. 1 BV i.V.m. Art. 29a BV eine nachträgliche Überprüfung der Abstimmung aufgrund von ihm vorgebrachter Information, welche seiner Ansicht nach zu



einem anderen Abstimmungsresultat geführt hätte – Das Verwaltungsgericht qua-
lifiziert die Information als echtes Novum, welche die Abstimmung somit nicht hät-
ten beeinflussen können. Es weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium (17) (-2)
- In Auszählung (2) (-1)
- Beim Bundesrat hängig (12) (+3)
- Beim Parlament hängig (2) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen (4) (0)



Verfügung der Bundeskanzlei vom 19. März 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine starke Schweiz in Europa (Europa-Ini-
tiative)“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis 2. Oktober 2025.
([BBI 2024 733](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 8. April 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: In-
vestieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)“ ist mit 102 354
gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative verlangt die Äufnung ei-
nes bundeseigenen Investitionsfonds zur Bekämpfung der Klimaerwärmung.² Der
Fonds soll bis 2050 jährlich mit Mitteln in der Höhe von 0.5-1% des BIP gespiesen
werden, welche nicht im Höchstbetrag gemäss Art. 126 Abs. 2 BV berücksichtigt
werden.³ ([BBI 2024 808](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 16. April 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare
– Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!“ ist mit 101 382 gültigen Unterschrif-
ten zustande gekommen. Die Initiative möchte die Abschaffung der Heiratsstrafe
unter Beibehaltung der gemeinsamen Ehegattenbesteuerung erreichen.⁴ Die Um-
setzung wird dem Gesetzgeber überlassen. Das Komitee schlägt jedoch im Falle
einer dreijährigen Untätigkeit des Gesetzgebers ein Modell vor, in welchem für

¹ Stand 30.04.2024.

² Art. 103a E-BV.

³ Art. 197 Ziff. 15 E-BV.

⁴ Art. 128 Abs. 3^{bis} E-BV.



beide Ehegatten neben dem gemeinsamen steuerbaren Einkommen auch das steuerbare Einkommen nach Alleinstehendentarif berechnet wird und dann nach dem tieferen der beiden Beträge besteuert wird.⁵ ([BBI 2024 937](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 16. April 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Cannabis-Legalisation: Chancen für Wirtschaft, Gesundheit und Gleichberechtigung“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis 30. Oktober 2025. ([BBI 2024 941](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 26. April 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!“ ist mit 104 973 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative möchte die Aufhebung der Plafonierung der AHV-Renten für Ehepaare.⁶ ([BBI 2024 938](#))



Mitteilung der Bundeskanzlei vom 26. April 2024

Die Sammelfrist für die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zu einer unabhängigen Naturheilkunde“ ist am 25. April 2024 unbenutzt abgelaufen. Die Initiative ist somit im Sammelstadium gescheitert. ([BBI 2024 939](#))



Mitteilung der Bundeskanzlei vom 26. April 2024

Die Sammelfrist für die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zu einer unabhängigen Selbstvorsorge“ ist am 25. April 2024 unbenutzt abgelaufen. Die Initiative ist somit im Sammelstadium gescheitert. ([BBI 2024 940](#))

4. Publikationen

DeFacto BÜTIKOFER SARAH, Unveränderte Frauenvertretung im Kanton Thurgau, DeFacto vom 9. April 2024 ([Link](#))



DE RIVAZ ROMAINE, Justice climatique : cadre constitutionnel et pratique
Compte-rendu du webinar de la Société suisse des juristes, Jusletter vom
15. April 2024 ([Jusletter](#))

DeFacto FIVAZ JAN/GIGER NATHALIE/SCHWARZ DANIEL/WALDER MAXIME, Informationsverhalten vor Wahlen: Digitale Informationsquellen ergänzen, aber substituieren traditionelle Medien nicht, DeFacto vom 22. April 2024 ([Link](#))

⁵ Art. 197 Ziff. 15 E-BV.

⁶ Art. 112 Abs. 2 Bst. c^{bis} E-BV.



BRDC JACQUEMOUD CAMILLA, L'initiative rédigée en termes généraux – Un instrument trop souvent négligé dans les domaines à incidence spatiale, BR/DC 2024, S. 45 ff. ([Swisslex](#))

DeFacto SCHWAB LOÏC, „Bevölkerungsrat 2025“: Die Erforschung neuer Demokratieformen, DeFacto vom 16. April 2024 ([Link](#))

LawInside. SIEVERT TOBIAS, Etendue de l'examen d'une initiative populaire et principe de la stabilité des plans (art. 21 al. 2 LAT), LawInside vom 14. April 2024 ([Link](#))

5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
Ist.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani, BLaw
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Isabel Liniger, MLaw